

KFOR 2026: Fehlkalkulationen vermeiden

Das Umfeld Kosovos ist weiterhin volatil. Zwar wurde der EU-vermittelte Dialog zwischen Belgrad und Prishtina wiederbelebt, die Normalisierung der Beziehungen hat aber nach wie vor große Hürden zu nehmen. Die schrittweise Integration des Nordens in die verfassungsgemäßen Strukturen Kosovos führen immer wieder zu Spannungen. Innen- und außenpolitische Konstellationen im Kosovo und in Serbien hemmen die Bereitschaft zu Kompromissen. Ungewissheiten über die Westbalkanpolitik der Trump-Administration, auch infolge des aktuellen *Posture Review* der US-Truppen, könnten bei gewaltbereiten Akteuren zu Fehlkalkulationen führen. Deshalb ist der deutsche Beitrag zu einer effektiven europäischen Säule von KFOR gegenwärtig besonders wichtig.

| Mandat und deutscher Beitrag zu KFOR

Die NATO-geführte *Kosovo Force* (KFOR) verfügt über knapp 4.800 Einsatzkräfte aus 29 NATO- und vier Partnerstaaten ([Stand](#) Februar 2026). Größte Truppensteller sind Italien (907), die USA (590), Ungarn (408), Türkei (382), Deutschland (308), Albanien (256), Polen (247) und die Schweiz (200). Die [Mandatsverlängerung](#) für das Kontingent der Bundeswehr sieht eine Obergrenze von 400 Einsatzkräften vor.

KFOR soll ein sicheres Umfeld gewährleisten und den Aufbau einer demokratisch kontrollierten *Kosovo Security Force* unterstützen. Bei gravierenden Bedrohungen kann KFOR auch im Inneren eingreifen, um die Polizei Kosovos und die Einsatzhundertschaft der GSVP-Mission EULEX zu unterstützen. Befehlshaber der KFOR ist der türkische Generalmajor Özkan Ulutaş.

| Stolpersteine im Dialog Prishtina-Belgrad

Der EU-Sondergesandte Peter Sørensen konnte den Dialog zwischen Belgrad und Prishtina ansatzweise wiederbeleben. Auf seine Initiative trat Anfang 2026 erstmals die bereits 2023 vereinbarte trilaterale Kommission zur Klärung des Schicksals der vermissten Personen zusammen. Rund 1.600 Menschen werden aufgrund der gewalttätigen Konflikte zwischen 1998 und 2000 noch immer vermisst.

Die Umsetzung des [Abkommens](#) zwischen Belgrad und Prishtina, das die EU im Frühjahr 2023 in Brüssel und im nordmazedonischen Ohrid vermittelte, stockt dagegen weiterhin. Es sieht die gegenseitige Anerkennung der territorialen Integrität und die jeweils exklusive Repräsentation auf internationaler Ebene vor. Der serbischen Gemeinschaft im Kosovo wurde „*self-management*“ zugesichert. Serbiens Präsident Aleksander Vučić verweigerte dem Abkommen aber die Unterschrift und gab zu verstehen, Serbien würde das Abkommen nur selektiv umsetzen.

Im Dezember 2023 bekräftigte die damalige Premierministerin Ana Brnabić in einem Brief an die EU, dass Serbien die ersten beiden oben genannten Punkte des Abkommens als nicht bindend ansieht. Im Gegenzug widersetzte sich Kosovos Premierminister Albin Kurti dem Ansinnen, mit der Gründung eines Verbands der Gemeinden mit serbischer Bevölkerungsmehrheit einseitig in Vorleistung zu gehen.

Die mangelnde strafrechtliche Aufarbeitung der Gewaltereignisse des Jahres 2023 erschweren eine Normalisierung der Beziehungen zusätzlich. Im September 2023 hatte sich eine schwer bewaffnete paramilitärische Gruppe im nordkosovarischen Banjska/Banjskë ein stundenlanges Feuergefecht mit der Polizei geliefert. In Belgrad übernahm der damalige Vize-Vorsitzende der *Srpska Lista*, Milan Radojčić, die alleinige Verantwortung für die Aktion, wurde aber nach kurzer Festnahme auf freien Fuß gesetzt. Am Tatort gefundene Indizien wiesen darauf hin, dass die Gruppe aus den Sicherheitsorganen Serbiens Unterstützung bekam.

| Innen- und außenpolitische Hürden der Normalisierung

Auch die innenpolitische Lage ist weder im Kosovo noch in Serbien geeignet, Kompromiss und Annäherung zu befördern. Während Präsident Vučić sein Land oft als Opfer inszeniert, weil es seine Souveränität verteidige, bekräftigt Ministerpräsident Kurti regelmäßig, dass die albanische Bevölkerungsgruppe Kosovos in den 1990er Jahren das Opfer serbischer Unterdrückung war. Serbien müsse dies anerkennen. Es ist nicht damit zu rechnen, dass seine Position vor den nunmehr zweiten vorgezogenen Neuwahlen innerhalb eines halben Jahres vermittelnder wird. Die Wahlen finden am 7. Juni 2026 statt, weil das Parlament im April nach dem Scheitern der Präsidentschaftswahl aufgelöst werden musste. Kurti beharrt auch darauf, dass Serbien den Brnabić-Brief von 2023 offiziell zurückzieht, das Brüssel-Ohrid-Abkommen unterschreibt und Radojčić ausliefert.

Serbiens Präsident steht durch monatelange, landesweite Student:innenproteste unter Druck und versucht, seine Macht bis zu den nächsten Wahlen zu konsolidieren. Dabei setzt er weiter auf die nationalistische Karte und eine kompromisslose Kosovo-Linie. Außenpolitisch unterhält er demonstrativ freundschaftliche Beziehungen mit Russland und beteiligt sich nicht an den EU-Sanktionen. Mit diesem Balanceakt will er Spielräume gewinnen, entfremdet sein Land aber von der EU, der Serbien erklärtermaßen beitreten möchte. Auffällig ist die anhaltende Aufrüstung Serbiens und die Stationierung erheblicher Sicherheitskräfte an Kosovos Grenzen.

| Kosovos Norden: stärker integriert, doch nicht spannungsfrei

Ab November 2022 hatten sich die Angehörigen der kosovo-serbischen Gemeinschaft im Norden aus den staatlichen Institutionen zurückgezogen, um gegen die schrittweise Durchsetzung kosovarischen Rechts zu protestieren. Die dominante, eng mit Belgrad verbundene *Srpska Lista* boykottierte auch die Kommunalwahlen im Frühjahr 2023. Erstmals konnten sich nicht-serbische Kandidaten als Bürgermeister durchsetzen. Als diese ihr Amt antraten, kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, bei denen über 90 KFOR-Angehörige teils schwer verletzt wurden. Prishtina etablierte nun eine dauerhafte Polizeipräsenz im Norden und ging gegen die Parallelinstitutionen Belgrads vor. Dabei nutzte die Regierung Kurti den Stillstand im EU-vermittelten Dialog – trug aber kaum zum Abbau der Spannungen bei.

Angesichts des offensichtlich fehlgeschlagenen Boykotts nahmen kosovo-serbische Parteien im Herbst 2025 wieder an Kommunalwahlen teil – ebenso an den vorgezogenen Parlamentswahlen im Dezember 2025. Die *Srpska Lista* konnte sich dabei erneut als dominierende Kraft in den 10 Gemeinden mit serbischer Mehrheitsbevölkerung durchsetzen.

Aktuell sind vor allem zwei neue Gesetze umstritten, die den Norden betreffen. Sie regeln den Aufenthalt ausländischer Personen und Fahrzeuge in Kosovo, einschließlich jener aus Serbien. Der EU-Sondergesandte konnte – mit starker internationaler Unterstützung – Modalitäten vermitteln, die eine Einschränkung der von Serbien verwalteten Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen vermeiden.

| Fazit: Fehlkalkulationen vermeiden

Insgesamt schätzt KFOR die Lage im Kosovo als ruhig, aber fragil ein. Gleichzeitig bestehen Ungewissheiten über die zukünftige Westbalkanpolitik der Trump-Administration und die Auswirkungen des aktuellen *Posture Review* auf die US-Truppenpräsenz in der Region. Da die USA bislang eine entscheidende politische und militärische Rolle im Kosovo spielen, könnte dies bei gewaltbereiten Akteuren inner- und außerhalb Kosovos zu Fehlkalkulationen führen. Umso wichtiger ist eine breit getragene europäische Säule der KFOR – und ein sichtbarer, effektiver Beitrag Deutschlands.